

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung,
Drag. II., Nebojska 18.

Telephone.
Tagesredaktion:
26793, 31469.
Nachredaktion: 26797

Postfachamt: 57544.

Inserate werden auf Tarif
billig berechnet. Bei östern
Einschaltungen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährig 98.-
ganzzährig 192.-

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
lieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh.

10 Jahrgang.

Mittwoch, 9. April 1930

Nr. 85.

Brünings Lage verschlechtert sich. Wachsender Widerstand gegen seine Steuer- pläne.

Berlin, 8. April. (Eigenbericht.) Der Reichstag begann heute die erste Beratung der Steuer- und Deckungsvorlage. In einer eigenartigen Situation hat sich der Reichsfinanzminister Molkenhauer hineingemaneuvriert. Dem Hause lag für die Deckung des Defizits in der Arbeitslosenversicherung der Gesetzentwurf vor, den noch das Kabinett Müller eingebracht und dem auch die bürgerlichen Minister zugestimmt hatten. Molkenhauer begründete aber nicht diesen Entwurf, sondern den von den Sozialdemokraten abgelehnten Kompromißvorschlag, über den die Regierung Hermann Müller gestürzt war.

Als der sozialdemokratische Redner, der ehemalige Arbeitsminister Wiesel, darauf hinwies, daß die von den bürgerlichen Parteien gewünschte Regelung im Herbst den Abbau der Leistungen nach sich ziehen werde, rief ein Deutschnationaler dazwischen: „Das wissen wir!“ Dieser Zwischenruf, der bei der Sozialdemokratie starke Entrüstung auslöste, zeigt von neuem, daß die Sozialdemokratie recht hatte, als sie das Kompromiß ablehnte und dabei auch den Austritt aus der Regierung in Kauf nahm.

In den Ausschußberatungen hat sich die Situation für das Kabinett weiter verschlechtert. Heute wurden zwei von ihr eingebrachte Vorlagen abgelehnt, nämlich die Mineralwassersteuer und eine Abänderung der Tabaksteuer. Inzwischen hat sich auch der Widerstand gegen die Biersteuer verstärkt, so daß es unerfindlich ist, auf welche Weise Herr Brüning seine Mehrheit für die Erledigung der Steuer- und Deckungsgesetze zusammenbringen wird. Man rechnet heute wieder mit größerer Bestimmtheit damit, daß nichts anderes übrig bleiben wird als den Reichstag aufzulösen.

Der unschuldige Windischgräß.

Wien, 8. April. Die „Arbeiterzeitung“ meldet, daß die Liquidierung der ungarischen Frankenfälscher-Affäre und Rehabilitierung des größten Windischgräß bereits erfolgt sind. Windischgräß wurde amnestiert. Ein militärisches Ehrengericht hat festgestellt, daß er keine ehrenrührigen Handlungen begangen hat und daß ihm sogar eine Entschädigung seitens des ungarischen Staates gebührt. Das militärische Ehrengericht bestätigt in seinem Spruch, daß Windischgräß die patriotischen Fälschungen mit Wissen der maßgebenden Kreise durchgeführt hat. Windischgräß verlangt eine Entschädigung von vier Millionen Pengö. Um seiner Forderung einen größeren Nachdruck zu verleihen, betraute er den bekannten liberalen Abgeordneten Rassy mit der Führung seines Prozesses.

Dreimächteabkommen gesichert.

London, 8. April. Die Führer der englischen, amerikanischen und japanischen Delegation haben in einer heute vormittags abgehaltenen Sitzung, die als bemerkenswerter Fortschritt betrachtet wird, beschlossen, das japanische Verlangen nach rascher Ersetzung der leichten Kreuzer und Zerstörer zu erfüllen. Jetzt ist nur noch eine der mit den japanischen Vorklagen zusammenhängende Frage zu erledigen, so daß das Dreimächteabkommen gesichert erscheint.

Ost Reparationen.

Paris, 8. April. Die heutigen Verhandlungen der Konferenz für die Ostreparationen betrafen die letzte strittige grundsätzliche Frage, d. i. es werden die Dokumente der Öpananten und die Frage des Bodenausmaßes, das von der Beschlagnahme freigegeben werden soll, geprüft. Für die tschechoslowakische Delegation ist kein anderes Abkommen annehmbar als das, welches die strikte Geltung des tschechoslowakischen Gesetzes über die Bodenreform zur Grundlage hätte. Vorläufig herrscht in Konferenzkreisen eine optimistische Stimmung vor.

Das chinesische Zuhwabohu.

Shanghai, 8. April. Ein im Hafen von Hankau vor Anker liegendes amerikanisches Kanonenboot wurde nach Kinkiang beordert, um den dorthin aus Angst vor der herrschenden Sowjatska und vor den chinesischen Räubern geflüchten ausländischen Missionären ihren Schutz angedeihen zu lassen.

Englisches Arbeiterblatt - eine Million Auflage

„Daily Herald“ - Die drittgrößte englische Tageszeitung.

London, 8. April. (Eig. Drahtber.) Wie aus einer amtlich geprüften Aufstellung hervorgeht, hat der „Daily Herald“, der bis zum 15. März eine Gesamtauflage von rund 300.000 Exemplaren besaß, seit seiner Reorganisation eine dauernde Auflage von über einer Million Exemplaren erreicht. Das Blatt der Arbeiterpartei ist damit innerhalb 14 Tagen zur drittgrößten englischen Tageszeitung aufgestiegen, ein Vorgang, der in der Geschichte des englischen Zeitungswesens keinen Präzedenzfall besitzt.

Der indische Aufstand wächst.

Verhaftete und bestrafte Gandhi-Anhänger. - Streikende Eisenbahner und Studenten - Die Salzherstellung wird fortgesetzt.

Paris, 8. April. Uebereinstimmende Berichte aus Bombay besagen, daß die britische Polizei bereits am gestrigen Tage schärfere Maßnahmen gegen die indischen Nationalisten ergreifen habe. Drei hervorragende Mitarbeiter Gandhis wurden verhaftet und sogleich nach der Verhaftung zu zwei Jahren Gefängnis wegen Verletzung des Salzgewinnungsgesetzes verurteilt. Weiters wurde eine ganze Reihe anderer Freiwilliger verhaftet, die dieses Gesetz verletzten, darunter auch einige Frauen, welche als Führerinnen der nationalistischen Bewegung tätig waren. Die Polizei hat gestern überall die zum Zwecke des Uebernehmens von Meeressalzwasser und Gewinnung von Salz aufgestellten Kochgeräte vernichtet und das im Besitze der Indier befindliche Salz beschlagnahmt.

Bombay, 8. April. (Reuter.) Infolge der Verhaftung der Führer der Aktion des bürgerlichen Ungehorsams blieben heute die meisten Geschäfte, deren Inhaber Hindus und Parsen sind, geschlossen. Das Geschäftsleben wurde lahmgelegt. Auch zahlreiche öffentliche Lokale blieben geschlossen. 2000 Studenten sind in den Streik getreten.

Bombay, 8. April. Zwischen streikenden Eisenbahnern, die sich auf die Schienen stellten, um Züge am Weiterfahren zu hindern, kam es heute zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, bei dem zwei Eisenbahner verletzt und zehn verhaftet wurden.

Jalalpur, 8. April. Nachdem Gandhi seinen Freiwilligen Anweisungen für das Sammeln von Salz gegeben hatte, begab er sich nach Kat, wo er Salz sammelte, ohne daß die Polizei sich zeigte.

Bombay, 8. April. Heute vormittags haben 50 Freiwillige abermals einen Vorstoß gegen das Gesetz über die Salzsteuer begangen, indem sie hier Salz herstellten.

Gandhi will heute an der Spitze seiner Marschkolonne Dandi verlassen und in das nahe

Steidles und Priemers Ende.

Wien, 8. April. Die „Neue freie Presse“ bestätigt die Meldungen der österreichischen Provinzialblätter, wonach sich die beiden bekannten Heimwehrführer Dr. Steidle und Dr. Priemer tatsächlich mit Rücktrittsabsichten trugen. Der Grund liegt darin, daß zur Zeit der Verfassungsstrife die Macht der Heimwehr überspannt wurde. Aus dieser Epoche sind Mißstimmungen zurückgeblieben. Ob der österreichische Heimwehrführer Starhomberg die Nachfolge Dr. Steidles übernehmen wird, ist noch zweifelhaft.

Spanien und die Sozialisten.

Madrid, 8. April. (Eig. Draht.) In Madrid fand am Sonntag im „Theatre Pradina“ eine von den spanischen Sozialisten zu Ehren des bekannten Sozialistenführers Paolo Togliatti veranstaltete Massenversammlung statt, an der auch Delegierte ausländischer Sozialistenverbände teilnahmen. Die Redner betonten, daß Spanien heute nur dem äußeren Anschein nach in ein Stadium normaler politischer Entwicklung getreten sei. Selbst unter der Diktatur habe Spanien nicht eine so schwere politische Krise durchgemacht wie jetzt. Es sei nicht zu glauben, daß es bald zu den heiß ersehnten Wahlen kommen werde, und selbst wenn

das geschehen sollte, so würden die Wahlergebnisse gefälscht werden.

Im Anschluß an die Versammlung bildeten sich verschiedene Demonstrationen. Eine Gruppe jugendlicher Sozialisten, die die Internationale anstimmten, wurde von Polizeitruppen gewaltsam zerstreut. Drei Personen wurden verhaftet.

Menschen- und Tieropfer.

Abessinisches und Französisches.

London, 8. April. Der Korrespondent der „Times“ in Addis Abeba meldet in einem verspätet eingetroffenen Telegramm vom 5. April, daß in dem Kampf zwischen den Truppen des Königs Tafari und den Aufständischen, französische Flieger, die die abessinische Regierung beschäftigt, eine ganz hervorragende Rolle spielen, indem sie Erkundungs- und Bombenwurf-Aufträge ausführen. Es wird gemeldet, daß die Regierungsruppen „nur“ 300 Mann verloren, während die Verluste der Aufständischen 6000 betragen.

Das Begräbnis der verstorbenen Kaiserin Jaoditu ist auf Anordnung des Königs Tafari mit allem Pomp begangen worden. Nicht weniger als 50.000 Stück Vieh wurden ihr zu Ehren geopfert.

Der Vormarsch der österreichischen Reaktion.

Der österreichische Nationalrat hat Samstag das sogenannte Antiterrorgesetz angenommen. Sozialdemokratische Abänderungsanträge wurden zum Teil in namentlicher Abstimmung von dem agrarisch-kerikal-nationalen Bürgerblock abgelehnt. Der österreichischen Arbeiterschaft wird durch dieses Gesetz, das kann und darf in diesem Augenblick nicht verkannt werden, ein schwerer Schaden zugefügt. Gemessen an unseren Verhältnissen stellt der neue Zustand, wie er sich für Oesterreich nach dem Antiterrorgesetz ergibt, nichts Besonderes dar. Ja es könnte scheinen, daß auch nach diesem Gesetz in Oesterreich die Einheitlichkeit der Lohnkämpfe besser gewahrt, die Stellung der Arbeiter im Betriebe sicherer begründet, das Gewicht der gewerkschaftlichen Organisationen weit größer seien als bei uns. Aber in Oesterreich bedeutet die Sprengung der geschlossenen Werkstätte, die gesetzliche Sanktionierung einer Reihe terroristischer Unternehmerpraktiken, die dieses famose „Antiterror“-Gesetz begründet, die Zerstörung eines äußerst günstigen Kampfbodens, den sich die Arbeiterschaft nach der Revolution geschaffen hatte, in Oesterreich stehen die freien Gewerkschaften und die gesamte sozialistische Arbeiterbewegung heute vor einer neuen Situation, an die sie sich rasch, und obendrein bedrängt von einer schweren Wirtschaftskrise, anpassen müssen.

Bei uns ergaben sich auf dem Boden des neuen Staates von allem Anfang an infolge der nationalen Zerrissenheit der Arbeiterbewegung andere Voraussetzungen des Klassenkampfes als in Oesterreich. Die Stärke der Arbeiterschaft nach dem Umsturz und bis 1921 war dennoch in der relativen Geschlossenheit der Organisationen im Betriebe begründet. Als die Kommunisten die Organisationen zerstörten, legten sie für die Spalter und Zerstörer aller Richtungen Breisde. Im Gefolge des Kommunismus erschienen christlichsoziale und nationale Gewerkschaften auf dem Schauplatz der Betriebskämpfe, die Schaar der Indifferenten und Unorganisierten wuchs von Jahr zu Jahr und endlich wurden gerade in den kommunistischen Hochburgen rein faschistische Gewerkschaften hochgezüchtet. All das hat den Klassenkampf in diesem Staate jahrelang gehemmt, die Arbeiter entmutigt, den Sozialismus in den Jahren 1923 bis 1925 weit zurückgeworfen. In dem Prozeß des Wiederaufstiegs, der seit 1926 datiert, bei der Auseroberung der proletarischen Machtpositionen hat das tschechoslowakische Proletariat sich der Lage anpassen, besondere Methoden des Kampfes entwickeln müssen. Man denke nur an die Schwierigkeiten, die sich in jedem Lohnkampf von neuem ergeben, wenn die Hälfte der Arbeiter überhaupt nicht organisiert, die andere auf drei bis acht Organisationen verteilt ist, von denen wieder einige Klassenbewußt, andere zweifelhaft und manche offen reaktionär eingestellt sind! Dieses Verhandeln mit kommunistischer und halbkommunistischer Planktionierung, an einem Tisch mit den Vertretern nichtsozialistischer Organisationen, die Durchführung eines Streiks, bei dem die führende Organisation meist nur ein Drittel der Arbeiterschaft wirklich in der Hand hat, die Werbe- und Erziehungsarbeit in den Betrieben, in denen einander ein halbes Duzend Organisationen gegenüberstehen und in denen das Meigewicht des Indifferentismus alle Schwachen und Trägen zur Arme der Nichtorganisierten hinüberzieht, alle diese tschechoslowakischen Besonderheiten und Schwierigkeiten sind wir nun schon seit Jahren gewohnt und wir haben gelernt, uns ihnen anzupassen. Das österreichische Proletariat wird unvermittelt vor die gefährliche Situation gestellt, Ähnliches durchmachen zu müssen. Auch das österreichische Proletariat wird diese Krise überleben, wird der Schwierigkeiten Herr werden, mit neuen Kampfmethoden die neue Lage meistern. Aber im Augenblick fügt ihm das Antiterrorgesetz einen schweren Schlag zu.

Die Entwicklung Oesterreichs von dem Zustand des ungefähren Gleichgewichts der Klassenkräfte zum Vormarsch der faschistischen Reaktion ist für das gesamte internationale Proletariat eine ernste Warnung und eine bedeutungsvolle Lehre. Die Gefahr des Faschismus, die von den Arbeitern nur zu leicht übersehen wird, besteht überall, wo sich deshalb das Bürgertum der gewalttätigen Mittel des Faschismus zur Aufrechterhaltung seiner Klassenherrschaft bedient. Die Methoden der faschistischen Reaktion sind nicht überall die gleichen, sie passen sich den Verhältnissen des Staates an, auf den sie angewandt werden, aber sie zielen überall auf die Schaffung einer bewaffneten Privatarmee des Kapitals und auf die gleichzeitige Festsicherung der öffentlichen Gewalt ab — vor allem der Armee und der Polizei. Das Beispiel Oesterreichs zeigt uns, wie verhältnismäßig rasch die Bourgeoisie in die Lage der Hilflosigkeit und des Scheiterns gerät, wenn sie Entschlossenheit zeigt und finanzielle Opfer nicht scheut.

Die beiden Männer, die in Oesterreich den Faschismus bewußt vorbereitet haben und heute noch geradewegs auf das Ziel der bürgerlichen Klassendiktatur, die Zerstörung der Arbeiterbewegung zusteuern, sind der Prälat Seipel und der Deeresminister Baugoin. Jener hat Banken und Industrie zur Subventionierung der Heimwehren veranlaßt, die bürgerlichen Parteien des Parlaments auf das Heimwehrprogramm gedrückt, die zur Verstärkung bereiten demokratischen Kreise des Bürgertums folgestellt. Dieser hat in wenigen Jahren die Armee durch Terror und durch die sorgfältige Ausübung der geeigneten Lenke bei den Mustern zu einem Instrument der Reaktion gemacht. Beide bedienen sich zur Vorbereitung ihrer entscheidenden Aktion des Johann Schöber, der die Wiener Polizei mit den „Mittelbäckern“, den brutalen Ladeln vom Dorfe, durchsetzt, sie am 15. Juli gegen die Wiener Arbeiter geführt und im Herbst 1929 für die trockene Festsicherung Oesterreichs auf scheinbar legalem Wege bereitgestellt hat. Als die Intervention des Auslandes drohte, hat sich die österreichische Reaktion entschlossen, den offenen Bürgerkrieg zu vermeiden und den Schein der Demokratie zu wahren. Das Kabinett Schöber hat die Aufgabe, zugleich dem Ausland und einem Teil der österreichischen Oeffentlichkeit Legalität und Demokratie vorzutäuschen und im Parlament mit der steten Drohung des Bürgerkrieges einen Teil der Heimwehrforderungen durchzudrücken. Die österreichische Arbeiterklasse hat nur die Wahl, den Bürgerkrieg zu riskieren und damit die völlige Verelendung des Landes, vielleicht den Untergang und die Aufteilung Oesterreichs, oder in jähem Ringen die Methoden der Abwehr zu erproben, die Kadres zu sammeln und zum Rückstoß zu rufen.

Die Komödie des Kabinetts Schöber, ohne Zweifel eine der lächerlichsten, die jemals auf der Bühne der Geschichte agiert wurden, war aber nur möglich, weil neben Heimwehr, Armee und Polizei, ein vierter Faktor den Prozeß der Festsicherung Oesterreichs gefördert hat: die Presse. Gegen den ungeheuren Apparat der bürgerlichen Meinungsmache,

gegen die Wiener Presse, die täglich zu Hunderttausenden Lesern spricht, war auch eine so starke Arbeiterbewegung wie die österreichische oft wehrlos. Nur so konnte es geschehen, daß der mittelmäßige und unfähige Schöber von seinem Impresario Jakob Hippowich zu einem Staatsmann von Rang hinaufgelobt wurde und daß im Schatten dieser europäischen Berühmtheit Seipel und Baugoin ungehindert ihre Schandpläne vorbereiten konnten.

Hilfe für die Schwerstinvaliden!

Zunächst 85 - 100 prozentige Invalide sowie erwerbsunfähige Witwen. Nachträgliche Anmeldungsfrist.

Prag, 8. April. In der heutigen Sitzung des sozialpolitischen Ausschusses des Abgeordnetenhauses erklärte der Vorsitzende Genosse Dr. Winter, daß er den seinerzeitigen Ausschlußbeschlüssen vom Fürsorgeministerium einen Bericht über den Stand des Heilsfonds sowie über die Kriegsschädigtenfrage einzuholen, durchgeführt habe. Vom Fürsorgeminister sei auch bereits die Antwort eingelaufen, die er dem Ausschuss bekannt gab.

Hinsichtlich der Kriegsschädigten kündet der Fürsorgeminister Genosse Dr. Czech an, daß das Ministerium mit Rücksicht auf den Mangel an Geldmitteln das Problem in seinem ganzen Umfang vorläufig nicht lösen könne. Um aber zumindest der drückendsten Not der Schwerstinvaliden zu steuern, habe das Ministerium einen Antrag ausgearbeitet, durch welchen den zu 85 bis 100 Prozent erwerbsunfähigen Invaliden eine entsprechende Hilfe gebracht werden soll; es handelt sich hauptsächlich um Invaliden, die dauernd einer eigenen Pflegeperson bedürfen, und um

Altpensionisten noch vor Ostern im Senatsplenium.

Genosse Dr. Heller für Verbesserungen.

Prag, 8. April. Im sozialpolitischen Ausschuss des Senates wurde heute in Anwesenheit des Finanzministers Dr. Engliš die Altpensionistenvorlage in Verhandlung gezogen und zunächst die Generaldebatte abgeführt, an der sich außer dem Referenten zehn Redner beteiligten. Für unsere Fraktion verlangte

Genosse Dr. Heller

mit aller Entschiedenheit verschiedene Verbesserungen des Gesetzes.

Vor allem forderte er, daß die im Jahre 1865 geborenen Altpensionisten noch in die erste Etappe der beabsichtigten Regelung einbezogen werden. Er verwies ferner darauf, daß die 10prozentigen Abzüge, von denen die im Ausland lebenden Pensionisten künftig betroffen werden sollen, nicht gerechtfertigt sind, umso mehr als andere Staaten gehen in der Tschechoslowakei lebenden Pensionisten derartige Abzüge nicht machen. Weiters legte er sich dafür ein, daß die Altpensionisten der Selbstverwaltungsträger ebenfalls in ihren Ruhegehältern den Neupensionisten angeglichen werden.

Finanzminister Dr. Engliš antwortete am Schlusse der Generaldebatte auf die Ausführungen der einzelnen Redner, wobei er leider wenig Geneigtheit zeigte, die gestellten Wünsche nach Verbesserung zu berücksichtigen. Er erklärte, daß Abänderungen nicht möglich seien, weil jede solche Änderung eine neuerliche

Das österreichische Beispiel zeigt uns, mit welchen Waffen der Faschismus fight, wie ihm begegnet werden muß. Vor allem, solange es Zeit ist, mit der Waffe der geistigen Aufklärung, der Erziehung der Massen zu Klassenbewußtsein und kritischem Denken. Es gibt die Rebel zu zerreißen, in denen die Schöber, Hitler und Stöber, bei Sichte beisehen der lächerlichste Popanz, mit dem die Welt je genarrt wurde, als Staatsmänner und Heroen erscheinen!

Kriegsblinde sowie um die Witwen, soweit sie völlig erwerbsunfähig sind.

Ebenso soll auch die nachträgliche Anmeldung zur Invaliden-, bzw. Waisentente in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen ermöglicht werden. Die diesbezügliche Vorlage befindet sich bereits im Stadium der interministeriellen Beratungen.

Heilsfond-Enquete am Donnerstag.

Hinsichtlich des Heilsfonds teilte der Minister mit, daß das Ministerium im Heilsfonds in der Zeit vom 14. Feber bis 16. März eine sachmännliche Revision unter Teilnahme berufener Sachleute sowie des Obersten Rechnungskontrollamtes durchgeführt habe. Die Revisionskommission habe dem Ministerium einen schriftlichen Bericht erstattet, über den auf einer bereits für den 10. d. einberufenen Enquete von Interessenten beraten werden soll. Nach dem Ergebnis dieser Enquete werde das Ministerium die notwendigen Maßnahmen treffen und der Regierung entsprechende Anträge vorlegen.

Erhöhung der Ausgaben mit sich brachte; dadurch würde aber die Regelung anderer dringender Fragen, wie die Gehaltsregulierung der aktiven Staatsangestellten, der Bruderladenprovisionisten usw. gefährdet werden.

Darauf wurde einstimmig der Uebergang zur Spezialdebatte beschlossen und noch der § 1 in Angriff genommen. Dann mußte mit Rücksicht auf die beginnende Plenarsitzung die Debatte abgebrochen werden.

Spät abends trat der Ausschuss nach der Plenarsitzung wieder zusammen. Es wurde jedoch nur ein Unterausschuss für Gesundheitsfragen gewählt, dem für unsere Fraktion Genosse Dr. Holitscher angehört. Die nächste Sitzung findet morgen, Mittwoch, 11 Uhr vormittags statt; auf der Tagesordnung steht in erster Linie die Bauförderung, dann die Altpensionistenvorlage. Es besteht die Absicht, außer der Bauförderung, die Donnerstag im Plenum kommen soll, auch die Altpensionistenvorlage noch Ende dieser Woche im Plenum des Senates zu erledigen.

Brotgesetz im Senat angenommen.

Prag, 8. April. Der Senat nahm heute die beiden Agrarvorlagen über die Erzeugung von Roggenbrot mit einem Zusatz von höchstens 10 Prozent Weizenmehl sowie über die Verpflichtung der Behörden, Staatsanstalten usw. zur ausschließlichen Verwendung bestimmter heimischer Agrarprodukte in der vom Abgeordnetenhause beschlossenen Fassung unverändert an.

Es entspann sich dabei eine ausgedehnte Debatte in der die Landwirtschaftskrise von verschiedenen parteipolitischen Gesichtspunkten aus ausführlich erörtert wurde.

Der Vertrag mit den Nachfolgestaaten über die Regelung der Ruhebezüge gewisser autonomer Pensionisten wurde debattelos angenommen, ebenso eine Regierungsvorlage über die Regelung des Geschäftes in der Slowakei.

Die während der Sitzung aufgelegte Bauförderungsvorlage wurde in einer zweiten formalen Sitzung dem sozialpolitischen Ausschuss zugewiesen, der die Vorlage bereits morgen in Verhandlung ziehen wird.

Nächste Plenarsitzung Donnerstag, den 10., um 3 Uhr nachmittags.

Genter System im Ausland

Agrarier fordern Terminierung bis Ende Dezember!

Prag, 8. April. Die Novelle zum Genter System stand heute vor- und nachmittags sowie am Abend nach der Hausführung im sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses zur Debatte. Referent war Genosse Taveric, der die Notwendigkeit betonte, der Wirtschaftskrise mit verschiedenen Maßnahmen, namentlich der öffentlichen Verwaltung, zu steuern und die Arbeitslosigkeit einzudämmen.

Er empfahl, den Regierungsantrag als Grundlage der Spezialdebatte zu nehmen, und hob hervor, daß die Novelle einen beträchtlichen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustande bedeute, da nicht nur die Unterstützungsdauer auf das Doppelte verlängert, sondern auch den Gewerkschaften durch die Bedarfsdeckung, bzw. Verdrängung des Staatsbeitrages die Möglichkeit gegeben werde, ihre Beiträge herabzusetzen, ohne die Unterstützungsdauer zu schädigen, dafür aber die Unterstützungsdauer unter demselben Aufwand wie bisher entsprechend zu verlängern.

Nach dem Referat entspann sich eine ausgedehnte Generaldebatte, die spät nachts noch andauerte.

Auf bürgerlicher Seite findet die Vorlage keineswegs ungeteilten Beifall. Namentlich bei den Agrariern sind starke Gegenströmungen vorhanden. Aus diesem Lager stammt auch der Antrag, die Vorlage zu bekräften, und zwar nur bis 31. Dezember dieses Jahres! Innerhalb des Ausschusses, bzw. der Koalition dürfte es deshalb noch zu scharfen Auseinandersetzungen kommen, falls die Agrarier ernsthaft auf diesem Antrag verharren sollten. Die sozialistischen Parteien und vor allem auch der Fürsorgeminister selbst werden diesem Ansinnen keinesfalls nachgeben!

Neues Handlungsgehilfengesetz.

In einer gestern im Abgeordnetenhause erteilten Antwort der Regierung auf eine Interpellation des Abgeordneten Köhler (Nat.-Soz.) wegen Herausgabe einer Kündigungsfristverordnung für Privatangestellte heißt es: Die Regierung erkennt die Notwendigkeit der Novellierung des Gesetzes vom 16. Jänner 1910 völlig an. Dieses Gesetz soll durch das Gesetz betreffend die Arbeitnehmer in höheren Privatdiensten ersetzt werden, dessen Entwurf im Justizministerium bereits vorbereitet ist. Man kann mit Recht damit rechnen, daß es in Kürze möglich sein wird, den Entwurf der Nationalversammlung zur verfassungsmäßigen Beratung vorzulegen. Der Gesetzentwurf, dem eine ausführliche Enquete vorausgegangen ist, ist bestrebt, hinsichtlich der Kündigungsbestimmungen den berechtigten Forderungen der Arbeitnehmerorganisationen entgegenzukommen.

Die Unbezähmbaren.

Roman von Max Brand.

Leuchte Reihe, Th. Amour Verlag, Berlin

Der rote Peter haßte Menschen und fürchtete sie, aber mit dem, der jetzt seinen Sattel drückte, war es anders. Nicht Jügel und Gebiß zwang das Gebiß längs zwischen die Zähne genommen. Keines Menschen Hand wäre an sich stark genug gewesen, ihm den Kopf herunterzudrücken. Es war blind vor Wut und blind vor Zorn, aber plötzlich schob sich irgendeine unbekannte Macht klärend in den Tumult. Es kam ihm plötzlich zum Bewußtsein, daß jeder Versuch, die Last abzuwerfen, die jetzt so jäh auf seinem Rücken hing, ohnmächtige Torheit gewesen wäre. Es hätte ebensogut versuchen können, aus der Haut zu fahren. Aus dem wilden Rennen verfiel es in einen kurzen Galopp, dann wurde ein scharfer Trab daraus, und gleich darauf hatte es leidet gemacht und trabte nach Morgans Haus zurück. Der Rappe war gefolgt wie ein Hund, er machte zur selben Zeit kehrt und trabte mit hängenden Jügeln hinterher. Blad Bart, mit weit herausgehender Junge, lief dicht vor ihm her. Hier und da warf der Hund einen Blick zu dem Rappe hinauf. Es war ein komischer Anblick. Es wirkte wie wenn er sich als Besitzer des Pferdes fühlte und vor ihm herlaufen müsse, um ihm den Weg zu zeigen.

In dieser Art erreichten sie die Stelle, wo Morgan noch am Weg stand. Der rote Peter schnaubte und versuchte zu schreien. Er hatte den gewichtigen, ungefügen Menschen erkannt, der vor kurzem noch seinen Rücken verunziert hatte. Aber sein neuer Gebieter, der Gebieter, der eine so wohlthuend ruhige Stimme hatte, beschwichtigte ihn, und er kam zum Stillstand. „Dieses rote Teufelsvieh kostet mich hundert

Dollar und ein paar abgeschundene Arie“, ächzte Morgan. „Ich bin kaum fähig, zu laufen. Soll ihn der Teufel holen! Aber sag mal, Dan — in seinen Augen blühte es auf, und die Bewunderung ließ ihn vorübergehend sogar seine eigenen Schmerzen vergessen — „das war eine feine Firtusnummer, wie du im vollen Lauf die Pferde gewechselt hast. So was habe ich mein Lebtag nicht gesehen.“

Dan ignorierte die Bemerkung. „Wenn Ihr Euch weghatet,“ sagte er ruhig, „warum klettert Ihr dann nicht auf Satans Rücken? Er wird Euch schon zurücktragen.“

Morgan lachte.

„Hertze, Bubi, ich würde es mit Satan schon riskieren, aber es ist jaust kein Hospital für Narren in erreichbarer Nähe.“

„Macht voran! Satan wird keinen Fuß rühren. Ruhig, Satan!“

„Allright“, sagte Morgan. „Jeder Schritt ist sicher und angenehm wie's Zahnziehen.“

Er näherte sich vorsichtig dem Rappe, aber er machte unversehens halt. Blad Bart war plötzlich zu einem grünäugigen Dämon geworden; sein Fell sträubte sich, er zeigte die Zähne, und ein blutgerotes Murren kam aus seiner Kehle. Und ebenso der Rappe. Er begrüßte seinen neuen Reiter mit flach nach hinten gelegten Ohren. Das ganze Tier bebte vor verhaltener Wut.

„Wenn ich Satan reiten soll“, erklärte Morgan, „dann muß ich erst sehen, daß ich den Hund niederschleife und dem Gaul Scheuklappen anschnalle.“

„Das werdet Ihr bleiben lassen!“ sagte Dan. „Außer mir hat Satan noch keinen auf seinem Rücken gebuddelt. Aber ich denke, für einen vorübergehend zum Krüppel Geschlagenen wird er eine Ausnahme zulassen. Ruhig, Satan! Bart! Hierher! Komme hierher und klapp die Schnauze zu!“

Der Hund warf einen erstaunten Blick auf seinen Herrn und drückte sich dann widerstrebend zur Seite. Seine Augen waren nach wie vor fest auf Morgan gefest. Satan tänzelte schnaubend immer weiter zurück. Auf einen neuen Zuruf Dons blieb er stehen. Morgan griff nach den Jügeln und sprach dem Tier begütigend zu, aber es zitterte vor Furcht und Wut. Der Kneipenwirt trat zurück.

„Dan!“ auch schon für den guten Willen, Dan“, sagte er. „Denke, ich werde schon fähig sein, zu Fuß zurückzugehen. Möchte gerade so gern einen gezähmten Orkan reiten, wie den Gaul da.“

Er hinkte mühsam den Weg entlang. Dan ritt neben ihm her. Blad Bart hielt sich schnuppernd dicht an seinen Fersen.

„Dan, ich will dich um einen Gefallen bitten — es ist 'ne große Bitte. Willst du sie mir erfüllen?“

„Gewiß“, sagte der pfeifende Dan. „Alles, was ich kann.“

„Da ist bei mir drunten ein Stinktier, mit 'nem läßeln Bild und einem Revolver, der aus dem Halfter springt, als hätte er selbst Verstand. Der Kerl hat mich um fünfzig Dollar geplündert. Er hat auf zwanzig Meter einen hochgeworfenen Dollar getroffen. Dann hat er mir noch hundert Dollar abgenommen, da ich seinen verdammten Gaul nicht reiten konnte. Blad zum Narren hat mich der Kerl gemacht. Dan, Ich hab' ihm von dir erzählt, Sonnt — kann sein, ich hab' ein bißchen übertrieben. Jedenfalls hab' ich ihm gesagt, du kannst dich mit dem Rücken zu dem Kerl stellen, der die Münzen hochwirft, und triffst doch vier Dollar auf einmal, eh' sie zu Boden fallen. Ruhig zugeben, daß ich's 'n bißchen heftig getrieben habe.“ Er blinzelte schmerzlich drein.

„Vier Dollar treffen, eh' sie zu Boden fallen“, meinte Dan, „kann sein, ich kann's. — Ich weiß es nicht, Jedenfalls, Morgan, kann

ich's nicht versuchen. Ich habe Dad Cumberland ausdrücklich versprochen müssen, daß ich keinen Revolver in die Hand nehme, wenn Leute rund herum sind.“

Morgan seufzte. Er zögerte eine Weile. Dann: „Aber du hast doch versprochen, mir was zu Gefallen zu tun, Dan?“

Der Reiter fuhr auf.

„Das hab' ich vergessen — ich habe nicht daran gedacht.“

„Es ist doch nur, um zu zeigen, was du im Schießen kannst“, sagte Morgan eifrig. „Du willst doch keinem mit dem Schießeszen zu Leibe gehn. Junge, Junge, wenn du mir sagen kannst, daß du auch nur für fünf Pfennig Chance hast, bin ich bereit, alles auf dich zu wetten, was in meiner Kasse ist. Du hast mir dein Wort gegeben, Dan!“

Dan zuckte die Achseln.

„Ich hab' Euch mein Wort gegeben“, sagte er, „ich will's also tun. Denke freilich, Dad Cumberland wird mir' gewaltig übernehmern.“

Sie kamen jetzt rasch der Gruppe näher, die noch immer vor Morgans Kneipe versammelt war. Sie hörten Lachen; als sie dichter heran waren, sahen sie, wie Geld und Banknoten überall von Hand zu Hand wanderten. Ausschneidend wurden Wetten ausgerufen.

Jim Silent kam ihnen entgegen.

„Was habt Ihr mit meinem Gaul ange-

stellt?“ fragte er.

„Er hat ihn hypnotisiert“, sagte Dal Purvis.

Er war sehr zufrieden mit seinem Witz. Sein Lachen zeigte seine gelben Zähne.

„Jetzt macht mal schleunigst, daß Ihr aus dem Sattel kommt!“ knurrte Silent. „Es ist einfach wider die Natur, daß das Vieh sich von Euch hat reiten lassen wie ein Adergaul! Und wenn Ihr Euch habt einfallen lassen, allerlei neumodische Tricks mit ihm zu probieren, dann will ich...“

(Fortsetzung folgt.)

Zür eine Regelung des nationalen Problems.

Eine vernünftige tschechisch-sozialdemokratische Stimme.

Im heutigen „Pravo Lidu“ veröffentlicht der tschechische Sozialdemokrat Alois Hajn einen Artikel über den Minderheitenantrag aller deutschen Parteien des Parlamentes, in welchem er sich zunächst mit großer Schärfe gegen jene tschechischen Blätter wendet, welche sich zum Inhalt des Antrages völlig ablehnend verhalten. Der Verfasser fährt dann fort:

Der Antrag sollte uns eine Mahnung sein, damit wir unsere Minderheitspolitik gegenüber den anderen Nationen in der Republik einer sachlichen Revision unterwerfen.

Wir sind eine Nation, welche diesen Staat geschaffen, in ihm die Mehrheit, aber damit auch den größten Teil der Verantwortung für seine innere Einrichtung, für seine gesunde Entwicklung in der Zukunft hat. In der Minoritätenfrage waren wir seit Anbeginn der Existenz der tschechoslowakischen Republik der Ansicht, daß es im Interesse der inneren Ruhe der Republik und ihres guten Rufes im Ausland ist, daß sich die nationalen Minderheiten bei uns zufrieden fühlen und diesen Staat genau so als ihren betrachten, wie wir ihn als den unseren ansehen. Wir sind aus diesem Grunde dafür, daß die Wünsche und Beschwerden der Minderheiten stets bereitwillig angehört, einer sachlichen Erörterung unterworfen werden und daß ihnen nach Möglichkeit entsprochen werde. Das Leben der Nation steht nicht still, sondern schreitet ständig fort und entwickelt sich, neue und neue Bedürfnisse treten auf, welche man auf gesetzgeberischem und administrativem Wege befriedigen muß. Das gilt in gleicher Weise von der tschechoslowakischen Nation, wie von den nationalen Minderheiten der tschechoslowakischen Republik. Der vertragliche Minderheitenschutz nach dem Vertrag von St. Germain bildet gleichsam die minimale Grundlage, auf welcher wir nach den Verhältnissen und Bedürfnissen der Zeit weiterbauen müssen.

Mit der bequemen Phrase, daß bei uns im Bereiche der nationalen Frage alles geregelt ist, werden wir in der Zukunft kaum unser Auslangen finden.

Es wird gut sein, wenn wir uns die Initiative und die Führung auch in der weiteren Regelung des Minderheitenproblems bei uns im demokratischen und fortschrittlichen Geiste erhalten, das ist im Reichen des gegenseitigen Respektierens der Verhältnissen und einer gesunden fruchtbaren Zusammenarbeit der Minderheiten mit der Mehrheitsnation.

Sicher ist, daß die Minderheiten und an erster Stelle die Deutschen, die durch ihre Zahl (3 1/2 Millionen), durch ihre kulturelle und wirtschaftliche Kraft hervorragen, die in ihrem Rücken das große Deutsche Reich haben, mit dem wir uns in vielfachen und lebhaften wirtschaftlichen Beziehungen befinden, in manch einer Hinsicht unzufrieden sind und immer und immer wieder ihre Forderungen vorbringen und ihre Beschwerden vorbringen, insbesondere, so weit es sich um die Sprachenpraxis und um die Schulpolitik handelt.

Wir wünschen eine ordentliche Untersuchung ihrer Klagen und Schaffung von Abhilfe überall dort, wo es sich zeigt, daß ihre Beschwerden gerechtfertigt sind.

Die Deutschen behaupten beispielsweise, daß das Gesetz über die Errichtung von Minderheitsschulen aus dem Jahre 1920 von unserer Seite zu nationalen Eroberungen, zu künstlichen und oft geradezu gewalttätigen Tschechifizierungen rein deutscher Orte mißbraucht wird. Der Finanzminister Dr. Engliš selbst hat — vom Standpunkt der Staatswirtschaft — diese unsere Minderheitsschulpolitik unlängst kritisiert, sicherlich kann man diese Frage nicht nur vom Standpunkt der sogenannten Abwehr, sondern auch vom gesamtnationalen Standpunkt lösen, im steten Hinblick auf die innerpolitischen Verhältnisse und auf unsere außenpolitische Stellung. Wo für eine tschechische Minderheitsschule die Bedingungen gegeben sind, das ist wo eine bedeutendere Anzahl der Angehörigen der tschechoslowakischen Nation und damit auch schulpflichtige tschechische Kinder wohnen, dort möge der Staat ohne jede Rücksichtnahme nach rechts oder links seine Pflicht tun. Solche Orte, wo die tschechische Minderheitsschule in einem Wirtschaftskreis oder in einer rasch hergerichteten Gegend sich befindet, gibt es viele und da müssen ohne Zögern neue, zweckmäßig eingerichtete Schulgebäude gebaut werden.

Statt dessen aber werden infolge des Druckes gewisser „patriotischer“ Kreise, welche auf die Deutschen und ihre Stellung in der Republik noch immer mit Vorurteilen sehen, neue kostspielige Schulgebäude in Orten errichtet, wo es tschechische Kinder fast gar nicht gibt.

Und die Folge davon? Die deutschen Blätter aller Parteien bringen jeden Augenblick Nachrichten über rein deutsche Orte, wo Klassen und Schulen für zwei bis vier tschechische Kinder errichtet werden, in die man dann durch Druck auf die deutschen Staatsangehörigen deutsche Kinder hineintribt. Unlängst hat der deutsche Abgeordnete Sedina eine recht lange Reihe solcher Gemeinden aufgezählt, ohne daß auf tschechischer Seite der Versuch gemacht worden wäre, seine Angaben zu

entkräften. Und diese Erscheinung muß, wenn sie tatsächlich auf Richtigkeit beruht, aufhören! Es ist der Nation Komenstos unwürdig, es ist schädlich für den guten Ruf unserer demokratischen Republik. Die Nachrichten über eine so merkwürdige Praxis des Gesetzes über die Minderheitsschulen

bei uns dringen aus der deutschen Presse und dem Parlament ins Ausland, in reichsdeutsche, skandinavische, amerikanische Blätter und bringen der tschechoslowakischen Republik sicherlich größeren moralischen und politischen Schaden als der vermeintliche Nutzen dieser Schulpolitik ausmacht.

Sozialismus und nationale Autonomie.

Ein tschechischer Sozialdemokrat über die Lösung des nationalen Problems.

In der vom gegenwärtigen Ernährungsminister Bechyně herausgegebenen Zeitschrift „Nová Svoboda“ veröffentlicht Genosse Dr. Emil Sobota einen beachtenswerten Artikel unter dem obigen Titel, aus dem wir eine Reihe von Stellen wörtlich zitieren wollen, weil uns daraus hervorzugehen scheint, daß auch innerhalb der tschechischen Sozialdemokratie eine sachliche Beurteilung der für die Tschechoslowakische Republik so bedeutsamen Frage Platz zu greifen beginnt. Der Autor befaßt sich zunächst damit, die Stellung der Sozialdemokratie des alten Oesterreichs zur nationalen Frage zu charakterisieren, verweist auf das Brünner Nationalitätenprogramm von 1899 sowie auf die Arbeiten von Renner und Bauer und fährt dann fort:

„Die ist die ideale Motivierung der nationalen Autonomie? Für die vernünftige Regelung der Sprachenfrage führte der Sozialismus neben allgemeinen Argumenten seine Klassenargumente an. Die allgemeinen Argumente gingen vom proletarischen Individuum aus: Der Sozialismus ist überzeugt, daß der Angehörige des Proletariats einer Nation in seinem Lebens-, Kultur- und Wirtschaftsaufstieg und in seinem persönlichen und Klassenbewußtsein mehr als ein Angehöriger einer anderen Klasse dadurch geschädigt ist, wenn er seine Schulbildung in einer fremden Sprache erwerben muß und wenn man mit ihm vor den Gerichten, Behörden und verschiedenen Kommissionen in einer fremden Sprache spricht. Für die nationale Autonomie findet sich aber der Sozialismus auch seine eigenen Klassenmäßigen Argumente, die jedoch mehr kollektiv sind und weniger vom einzelnen Proletarier ausgehen: der Sozialismus erkennt nämlich, daß der Staat von seinen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben und insbesondere von seinen Pflichten gegen die bedürftigsten Schichten der Staatsbürger abgelenkt wird, wenn sich seine Kräfte allzusehr mit der Regelung jener Kulturangelegenheiten befassen, welche die einzelnen Nationalitäten innerhalb des Staates autonom erledigen können und daß er — falls der Staat diese Dinge in seinen Händen zum Zwecke einer einheitlichen zentralen Verwaltung beläßt — Konflikte zwischen den Interessen der einzelnen Nationen hervorruft, Konflikte, die nicht vorhanden wären, wenn es nicht eben jene Konzentration der Administration gäbe.“

Sehr richtig stellt auch der Autor fest, daß wir es gar nicht nötig haben, die nationale Autonomie nach dem Muster ausländischer Staaten einzuführen, sondern daß bei uns schon die Elemente einer eigenartigen Form der nationalen Autonomie vorhanden sind. Er verweist da mit Recht auf die Teilung des Landeskulturrates in Böhmen in eine deutsche und tschechische Sektion sowie auf die Selbstverwaltung in den Gemeinden, die auch die Grundlage der nationalen Autonomie abgeben können. Er sagt dann weiter:

„Ich will nicht so verstanden sein, als ob ich behauptete, daß die Tschechoslowakische Republik

zwischen jene Staaten eingereiht werden kann, welche sich Einrichtungen der nationalen Autonomie ihres Typus geschaffen haben. Aber ich halte es für richtig, daß man sich dessen bewußt wird, daß diese Fragmente einen Anfang bedeuten können, von dem aus man zu vollkommeneren Gebilden gelangen könnte. Man muß da nicht ganz von vorn anfangen, weil es etwas gibt, wofür die Erfahrung spricht. Es ist nicht nötig und es wäre nicht gesund, deduktiv von einem theoretischen Schema auszugehen, welches bei uns noch nicht durch Tatsachen erprobt ist und das der Ungunst der öffentlichen Meinung begegnen würde, wenn wir von der heimischen Tradition ausgehen und diese auf dem Wege der Erfahrung so vervollkommen könnten, damit sie sich besseren Vorstellungen annähert. Es ist dies ein sicherer Fortschritt und in der Demokratie dürfen wir auch nicht den Vorteil übersehen, daß dieser Weg auch für den Reformator der gangbarere ist, weil er auf geringeren Widerstand in der Öffentlichkeit stößt. Wir dürfen nämlich nicht vergessen, daß der Gedanke der nationalen Autonomie, welcher vor dem Kriege sich sowohl auf tschechischer als auch auf deutscher Seite eines gewissen Verständnisses erfreuen konnte, bei uns nach dem Kriege ein einigermaßen bitteres Schicksal erfahren hat. Auf tschechoslowakischer Seite sieht man die nationale Autonomie als etwas der Errichtung des Staates feindliches an und auch in einem gewissen Teil der Öffentlichkeit der nationalen Minderheiten verfehlt man sie so, als ob sie eher eine den Staat schwächende als eine dem Staat dienende Einrichtung wäre. Deswegen muß die nationale Autonomie, soll sie bei uns geschaffen, entpolitisiert werden. Politisch an ihr ist, daß zu ihrer Verwirklichung ein gesetzgeberischer Schritt notwendig ist. Aber sonst muß sie als eine rein kulturelle und administrative Maßregel betrachtet werden. Politisch ist sie nicht ein Mittel, sondern ein Ziel. Sie ist ein Mittel zur besseren Entfaltung jener kulturellen Werte, welche in der Seele jeder einzelnen Nation in unserer Republik schlummern. Sie soll die Nationen nicht voneinander scheiden, dort, wo es zwischen ihnen keine natürlichen Unterschiede gibt; ihre Aufgabe ist dort zur Geltung zu kommen, wo es Verschiedenheiten gibt und das sind heute die eigentlich kulturellen Dinge.“

Diese Auffassung in der weiteren Öffentlichkeit und ein lares Programm bei den verantwortlichen Führern, wie man aus den heutigen Fragmenten etwas systematischer, einheitlicher, aber dabei praktischeres erfahren hat: das sind die nächsten Voraussetzungen für die sozialistische Politik, welche die Wichtigkeit der kulturellen Autonomie begreift.“

In der Art, wie hier Genosse Sobota der tschechischen Öffentlichkeit die Forderung nach der nationalen Autonomie erklärt, schafft er sich sicherlich ein Verdienst um die Verständigung der Nationen.

Französische Anklage gegen die Gewaltpolitik in Südtirol

Paris, 6. April. (Eig. Drahtb.)

Die „Republique“, das Parteiorgan des radikalen Abgeordneten Daladier, veröffentlicht am Sonnabend eine scharfe Anklage gegen die faszistische Gewaltpolitik in Südtirol.

Wenn es schon ein Unikum sei, so erklärt das Blatt, daß das faszistische Italien die Brenner-Grenze als seine natürliche Grenze beanspruche, wo in Wahrheit die Dolomitenkette die Sprachen- und Rassengrenze bilde, so sei es ein wahres Verbrechen, zu sehen, mit welchen Härten das faszistische Italien die 300.000 Deutschen in Südtirol unterdrücke, ihre heiligsten Rechte mißachte und sie bis in die letzten Winkel ihrer Menschwürde erniedrige. Leider, so fährt das Blatt fort, finden die deutschen Südtiroler bei einem gewissen Teil ihrer Stammesgenossen in Deutschland und Oesterreich nicht die nötige Unterstützung. Der Stahlhelm in München und die Heimwehren in Wien führten viel stärkere politische Zuneigung zum Faschismus als Rassenympathie zu den Tirolern. Sie seien ausweichend nicht abgeneigt, einen Pakt abzuschließen, um dem Faschismus den Brenner zu garantieren, wenn dieser seinen Widerstand gegen den Anschluß Oesterreichs an Deutschland aufgeben. Die Südtiroler würden die Kosten tragen. Das wäre natürlich ein latter Verrat, ein Verrat gerade jener Kreise, die sich immer als die leidenden Patrioten aufspielten. Doch der Nationalismus sei meist nur eine Karikatur des Patriotismus.

Frankreich, so schließt die „Republique“, habe alles Interesse, den Konflikt in Südtirol wachzuhalten; denn so verhindere es am besten das Bündnis der Gewalt zwischen Reich und Alpen, das die Gefahr von morgen sei.

Abänderungen an den Einfuhrschemen?

Die Vorlage nochmals vor den Wirtschaftsministern.

Prag, 8. April. Der landwirtschaftliche Ausschuss des Abgeordnetenhauses setzte heute vormittags in Anwesenheit des Landwirtschaftsministers Pradač die am Freitag begonnene Debatte über die Einfuhrschemen fort. Von deutscher agrarischer Seite wurde der Gesetzentwurf als unzureichend bezeichnet. Böhm (B. d. L.) meinte u. a., daß keine Preiserhöhung für Lebensmittel eintreten werde, und brachte es auch fertig, indirekt die Arbeiterbäckereien zu beschuldigen, daß sie nicht billig genug wären. Weiters klagte er daß die Viehpreise nun fallen, und verlangte ordentliche Viehquoten. Dubický (Rep.) bedauerte daß die Gültigkeit der Einfuhrschemen sich nicht auf Frühkartoffeln und Zwiebeln erstreckt: Toušek (Nat. Dem.) verlangte die Erweiterung auf Schinken. Koudelka (tschech. Soz. Dem.) erachtet die Einfuhrschemen für schädlich, da sie den Zollschutz verschärfen; die Sozialisten hätten nur unter dem Druck der wirtschaftspolitischen Verhältnisse ihre Zustimmung gegeben.

Genosse Schweichhart

wies darauf hin, daß ebenso wie das gegenseitige militärische Vertrauen auch die Politik der Zölle und Exportprämien sich tollausse, da jeder Staat dieselben Mittel anwende. Daher sei eine Verständigung im internationalen Maßstab und die durchgreifende Organisation der Landwirtschaft unbedingt notwendig. Unsere Partei ist seit langem bestrebt, die Preisstabilisierung für landwirtschaftliche Artikel herbeizuführen, sie kann aber von den agrarischen Vorschlägen nicht die erhoffte Wirkung erwarten.

Genosse Leibl

vertrat einhellig und sachgemäß den Antrag, daß die Einfuhrschemen für die Ausfuhr von Futtermitteln nicht gültig sein sollen, da der

Bergeffert nicht bei Veranstaltungen



kleine Landwirt billige Futtermittel brauche. Er verwies dabei auf die im Jahre 1928 im Gefolge der Futtermittelnot gemachten schlimmen Erfahrungen, als der Rotverkauf von Vieh die Preise erheblich drückte. Mikuláš (Nat. Soz.) sprach sich überhaupt für das Verbot der Ausfuhr von Acker aus.

Die tschechischen Agrarier verlangten die Herabsetzung der Einfuhrquote von 50 auf 10 Zentner; ferner für gewisse Fälle die Einführung eines besonderen Zuschlages von 10 Kronen zu den Zollsätzen.

Landwirtschaftsminister Pradač erklärte, mit den Abänderungsanträgen werde sich das Kollegium der Wirtschaftsminister noch befassen. Unsere Zollpolitik müsse noch vor der Unterschrift des Genfer Zollfriedens gelöst werden. Auch müsse man zur Revision unseres Zolltarifes schreiten, um den Flachproduzenten zu helfen.

Die Sitzung wurde dann abgebrochen, um zwischen den Wirtschaftsministern eine Einigung über die Abänderungsanträge zu erzielen.

Plenum des Abgeordnetenhauses.

Prag, 8. April. In der kurzen Plenarsitzung des Abgeordnetenhauses wurde lediglich der Handelsvertrag mit Ägypten, der auf Meistbegünstigung ausgebaut ist, ohne Debatte verabschiedet.

Der Referent Dr. Jábina verwies darauf, daß die ägyptische Regierung durch Kündigung sämtlicher Verträge und durch Androhung eines hundertprozentigen Zollsuschlages für Waren aus Ländern, die bis 16. März d. J. mit Ägypten keinen Handelsvertrag haben, diesen neuen Vertrag förmlich erzwingen habe. Der Tschechoslowake wird eingeräumt, daß die Meistbegünstigung auch für Waren gilt, die auf dem Transitwege Länder passieren, die dem hundertprozentigen Zollsuschlag unterworfen sind. Unsere Ausfuhr nach Ägypten beträgt etwa 200 Millionen, die Handelsbilanz ist aktiv.

Der Handelsvertrag mit Persien mußte von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Referent Ondero nicht anwesend war.

Bei der zweiten Lesung der Bauförderungsvorlage wurde neben den schon im Ausschußbericht angeführten Resolutionen eine weitere Resolution der Koalitionsparteien angenommen, wonach gemeinnützigen Bau-genossenschaften Befreiung von der Zahlung der Äquivalente bei allen auf Grund des Bauförderungsgesetzes errichteten Bauten und bei Grundstücken, die zu Bauzwecken angekauft werden, zugesichert werden soll.

Eine kurze zweite Sitzung nahm zum Abschluss an die Ausschüsse vor. Es wurden eine ganze Reihe dringlicher Interpellationen abgelehnt; die diesbezüglichen Antworten der Regierung waren ausnahmslos bereits vorher im Druck verteilt worden, so daß sich eine Debatte darüber tatsächlich erübrigte.

Der morgige Tag ist einer Reihe von Anschlägen vorbehalten. Die nächste Plenarsitzung findet Donnerstag, den 10. ds., um 3 Uhr nachmittags statt. Tagesordnung: Handelsvertrag mit Persien, Staatsrechnungsbüchlein, Regierungsverordnung über die Uebertragung gewisser Kompetenzen von den Ministern an die Landesämter.

Ein neuer Parlamentsklub. In der gestrigen Parlaments Sitzung gab der Vorsitzende Malypetr bekannt, daß sich durch Fusion der beiden ungarischen Klubs ein neuer Klub gebildet hat, der den langatmigen Namen „Klub der christlichsozialen Landespartei, der ungarischen Nationalpartei, der Zipser deutschen Partei und der deutschen Gewerdepartei“ führt. Damit sind die beiden ungarischen Klubs, die mit einer gemeinsamen Kandidatenliste in die Wahlen und die auch bisher schon ein gemeinschaftliches Tagblatt hatten, nun auch im Parlament wieder vereint. Herr Stenzel von der deutschen Gewerdepartei, der einst Öbmann des gemeinsamen Klubs mit den Ungarischnationalen werden wollte, kommt durch diese Fusion, die er nun wohl eher übel mitmachen muß, auch um seine Vizepräsidentenstelle. Klubobmann ist nämlich der Christlichsoziale Szüllö, Stellvertreter der Ungarischnationalen Szentiványi, Geschäftsführer Kolló (Christlichsoz.).

Schicksale für 20 Mark.

Berlin. — Plöte lächeln es Dir entgegen. Pflanzsäulen hemmen Deinen Weg. Zeitungen hämmern es in Dein Gehirn. Früh, mittags und abends... Unmöglich, es zu übersehen. Unmöglich, daran vorbei zu gehen. Und wenn Du hilfesuchend den Blick nach oben wendest, flammt es Dir strahlend in wechselnden Lichtern entgegen... Heute Wirtsaufführung des neuen Großfilms! ...!

Politik und Wirtschaftfragen... Die Welt hat im Augenblick andere Sorgen.

Und am Abend erstrahlt der Filmpalast in märchenhaftem Glanze. Davor stauen sich die Neugierigen. Hastige, gehegte Menschen haben plötzlich Zeit und warten. Hundert Autos drängen sich vor dem Eingang, Scheinwerfer zerplittern vollends das Dunkel, das von den Lichtern der Großstadt wie durchlöcherig ist. (Der Asphalt ist ein schwarzer Spiegel, mit bunten Fäden durchzogen.) Sirenen heulen, Menschen rufen, Menschen fluchen... Symphonie der Großstadt.

Ein roter Teppich führt vom Portal über viele Stufen bis an den Rand des Gehsteiges. Zarie Frauenfüße, in Brokat und Seide, gehen darüber hin; energische und erfolgreiche Männer Schritte begleiten sie. Ueber diesen Teppich gehen Generaldirektoren und Verwaltungsräte, Regisseure, Produktionsleiter und die Stars der Firma. Damen und Herren der Gesellschaft; manchmal ein Journalist.

Die Menge ist begeistert; Ausrufe des Entzückens und Beifallsgemurmel schließen sich zu Ovationen (nicht für den Journalisten, sondern für das Lächeln des Stars, für die kostbare Toilette der Frau X.)

Aber hören Sie, lieber Zuschauer, der Sie satt und naiv sich von der gut aufgelegenen, tadellos funktionierenden Parade blenden lassen, pars pro toto nehmen und von wenigen Glücklichen auf den gesamten Organismus schließen — glauben Sie mir, der Star ist nicht der Film!

Nicht jeder, der mitgehoben hat und oftmals ausschlaggebend war, für den Erfolg einer solchen Uraufführung, wie Sie jetzt einer beiwohnen, hat satt zu essen, geschweige denn, darf über diesen Teppich gehen, auf dem die Ausgewählten wandeln.

Film ist nicht immer gleichbedeutend mit Luxus, Ruhm, Ueberfluß. Viel öfter ist er ein Synonym für Not und Enttäuschung...

Ihr Nachbar zum Beispiel. Betrachten Sie ihn genauer. Finden Sie nicht, daß sein Lächeln nicht Ihr Lächeln ist? Sehen Sie die Bitterkeit um seinen Mund, die Traurigkeit in seinen Augen? Geschreckt Sie nicht das seltsame Aufleuchten darin?

Während die Leute Beifall klatschen, verkrampft er die Hände in den Taschen seines Mantels, dessen billige Eleganz nicht über die Abgetragenheit und Fradencheinigkeit hinwegtäuschen kann. Auch der Kragen ist nicht ganz sauber und das Aufband.

Noch ehe die Auffahrt zu Ende ist, drückt er sich brüsk durch die neugierige Menge und verschwindet im Licht, im Dunkel, im Lärm der Weltstadt.

Haben Sie sich das Gesicht gemerkt? Sie werden es drinnen auf der Leinwand wiedersehen, eine halbe Sekunde lang... Es ist der alte Herr, der im Klub der Barone im Fräulein sitzt, eine dicke Zigarre raucht, Sekt trinkt und einmal lächelt... (im dritten Akt ist er unter den Passanten, die über die Straße gehen, durch die das Auto des Hauptdarstellers faßt).

Haben Sie sich die Gedanken gemacht über diese Unbekannten, Unberühmten, Namenlosen, die man nur unter ihrem Sammelnamen kennt? ... „Komparien“ ist der terminus technicus für sie. (Und es klingt wie „Ware“, „rechtlos“ und „Not“).

Hält das Publikum diese Leute im Grad wahrhaftig für Grafen, Lords und Barone? Die Damen in den blendenden Kleidern, die der Hall, wirklich für Gäste des fashionablen Hotel ersten Ranges? — Sicherlich nicht. Aber weiß es auch, daß es armselige Menschenkinder sind, Junggäste des Ruhms, Arbeitslose, Arbeitssuchende, Proletariat, vom Schicksal und der Gesellschaft Ausgebeutete, die ihre Gesundheit aufs Spiel setzen für eine Scheinwelt, die ihr Leben riskieren — um ihr Leben fristen zu können?!

Wissen Sie es? Werf es Ihr Freund? Erzählen Sie es ihm, damit er künftig einen Film mit anderen Augen ansieht, damit er manchmal nicht nur den märchenhaft schönen Mund, die träumerischen Augen des Stars beachtet, sondern auch die Jüge der Komparien; und er wird hinter dem kontraktlichen Lächeln Elend und Jammer finden...

Wer mit ihnen an einem Tisch gefessen hat, mit ihnen geplaudert, Nächte lang verfrucht hat, die Mentalität dieser, vom Schicksal Verstoßenen zu ergründen, weiß, daß es zum geringsten Teil Abenteuer sind, oder Nichtstuer, sondern Tiefkinder des Glücks... Wartende... Hoffende... Resignierende... Chemalige Schauspieler, Offiziere, Artisten, Kaufleute, Studenten, jedes Alter, alle Berufe sind vertreten; Frauen, Mädchen und Kinder. Wollte einer die Schicksale dieser Menschen erzählen, es gäbe ein Buch von erschütternder, aufrüttelnder Grauenhaftigkeit. — Aber so verschieden auch jede Erzählung begänne, am Ende lehrte immer dasselbe Wort wieder, ein fürchterlicher Refrain: „Stellenlos.“

Verhe- Hoffnung für jeden — der Film. Hier konnte man vielleicht noch gebraucht werden und je schöner, oder je häßlicher man war, desto größer war die Chance. (Auf der Leinwand wickeln verbitterte Gesichter, denen das Leben übel mitgespielt hat, äußerst markant und eindrucksvoll... Typen gefragt)...

Eine Rothhaut findet ins Leben.

Ein Indianer wird zum Großkapitalisten, Petroleum zu Gold. — Geschäftslente, Baptisten und Behörden ringen um anderthalb Millionen Dollar. — Die Ueberrumpelungsheirat der weißen Frau.

Das aufregende abenteuerliche Glück des Creel-Indianers Jackson Barnett, der über Nacht zu einem feinsten, mehr noch: zu einem petroleumreichen Mann geworden ist, hält den ganzen USA-Staat Oklahoma in fieberhafter Spannung. Zeit Jahren ist der Staat Oklahoma mit Hilfe der amerikanischen Bundesgerichte eifrig bemüht, die in alle Winde verstreuten Vermögenswerte des Creel's ansfindig zu machen und sicherzustellen — eine Aufgabe, die bei der Verstreutheit der zahlreichen Beteiligten über die ganze Union und bei dem zerplitterten Vermögen von über 1,5 Millionen Dollar noch manches Jahr in Anspruch nehmen wird.

Jackson Barnett ist ein unwissender, auf den Creel-Reservationen im Staate Oklahoma lebender Indianer, dessen plötzliches, vor wenigen Jahren eingetretenes Reichwerden dem so vieler indianischer Stammesbrüder ähnelt. In diesen über Nacht vom Himmel gefallenen riesigen Indianervermögen ist etwas von ausgleichender Gerechtigkeit, die dieselben Weißen, welche sich in der rücksichtslosen Vertreibung der indianischen Stämme von ihren Heimstätten nicht genug tun konnten, heute dazu zwingt, die verbleibenden färglichen Bodenreste mit Gold aufzuwiegen.

Vor vielen Jahren erhielt Barnett durch einen Regierungskauf in Erfüllung eines Abkommens zwischen der Bundesregierung und den indianischen Stämmen einen schmalen Landstreifen zugewiesen, an dem außer Feldblößen und trostlosem Gestrüpp nicht viel zu sehen war. Barnett war ein des Lebens und Schreibens unkundiger Mann, der zufrieden war, in seiner ärmlichen Holzhütte inmitten der Reservaton zu wohnen, und mehr schlecht als recht, sein einfaches Leben zu fristen. Der ihm zugewiesene Landstreifen stellte seinen Sonder-Landbesitz dar, mit dem es ihm vorbehaltlich der Zustimmung des Bundeskommissars für die Indianerstämme freistand, nach eigenem Gutdünken zu verfahren.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß sich Barnett über die Existenz dieses Landstreifens oder über eventuelle Zukunftsmöglichkeiten nicht viel Gedanken machte — zum mindesten nicht, so lange sich keine Ingenieure mit merkwürdigen Vermessungsinstrumenten in den verlassenen daliegenden Distrikten zeigten und dem Boden ein ungewöhnliches Interesse zu schenken begannen. Zuerst verhielt sich der vertörrtete Indianer allen Vorschlägen gegenüber, die ihm vermutlich vollkommen unverständlich waren, ablehnend. Erst nachdem die Behörden die Wahrnehmung seiner Interessen in die Hand genommen hatten, gestattete er mittels eines vom Regierungskommissar ausgefertigten Hebes und stichfesten Kontraktes den Ingenieuren, auf seinem Boden Bohrungen vorzunehmen. Das vorausgesehene Ergebnis blieb nicht aus:

das berühmte Gushong-Petroleumfeld von Oklahoma war gefunden.

Bis dahin war für Barnett ein Tag wie der andere verlaufen. Jetzt änderte sich alles und das Leben nahm beängstigende Auswirkungen an. Es erschienen nie gesehene gute Freunde, wohlmeinende Ratgeber, gewiegte Geschäftslente, jeder mit einem neuen Gedanken, um dem über Nacht reich gewordenen Indianer das Geld aus der Tasche zu loden. Menschen, die niemals auch nur daran gedacht hatten, der verwahrlosten Rothhaut in ihrer verfallenen Hütte an den Ausläufern der Ortschaft Deurmetta Aufmerksamkeit zu schenken, begannen

So verkauften sie ihr Schicksal für 15 bis 20 Mark. Hatte einer das Glück, einen Frau zu besitzen, so konnte er sogar 25 bis 30 Mark im Tag verdienen. Bis auch dieser „Beruf“ überfüllt war, die Gagen kleiner und die Arbeitsmöglichkeiten immer geringer wurden.

Augenblicklich ist die Lage in Deutschland so, daß jeder Komparie einmal in zwei Wochen auf einen Aufnahme-tag rechnen kann. Die Organisation der Filmkomparien versucht zu helfen, wo es nur geht und es ist ihr endlich gelungen, die „wilden“ Filmbörser, bei denen sich die Hilfsregisseure ihre Leute lieber holen, weil sie viel billiger arbeiten, unschädlich zu machen.

Aber noch immer ist die Not grenzenlos und ich möchte alle jene, die jetzt ihren Lieblingen zuzubeln, hinwegzuführen aus dem sichersten Saal, in eine kleine Seitenstraße, in das Verbandslokal der Komparien, wohin Uraufführungslänge kaum mehr dringen.

Zur selben Zeit, da einige Glücklich mit Blumen überschüttet, gezeichnet, photographiert und interviewt werden, üben die Unbekannten, Unbedankten, vor ihrer Tasse Kaffee, rauchen, plaudern, schweigen.

Dider Rauch lagert über dem Raum. Selten dringt ein Frauenlachen durch, manchmal ein Wis, öfter ein Fluchen. Wenn die Türe aufgeht, steht alles gespannt hin, um enttäuscht in sich zusammenzusinken... nur ein Kollege...

Eben jener Mann mit dem nicht ganz sauberen Kragen, dem steifigen Gutband und dem bitteren Lächeln vor dem Filmpalast. Er setzt sich müde an einen Tisch, wickelt sein Abendbrot aus dem Papier. Der Kellner bringt wortlos ein Glas Bier. Die anderen sehen kaum hin. Bis endlich doch die Türe sich aufstut und ein Ausnahmeleiter hereinkommt. Sofort setzen sich alle in Postur, grüßen vertraulich-devot, mit aufdringlicher Herzlichkeit. (Angstvoll bemüht, die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken.) Die Mädchen zeigen ihre Beine, lachen plötzlich laut und grundlos, sind kokett und charmant, als ob ihr Dasein aus eitel Lust und Sonnenschein bestünde... (und nicht der Anfang einer sozialen Tragödie wäre...) Auch die Männer lächeln und die alten Weiber. Und das ist fürchtbar.

plötzlich an dem Wohlergehen des Indianers lebhaften Anteil zu nehmen. Da er überdies in juristischem Sinne unverantwortlich war und nur verschwommene Ideen vom Geldwert besaß, mußte von Gerichts wegen ein Vormund für ihn bestellt werden. Das gab nun wieder zu Auseinandersetzungen zwischen der Bundesregierung und dem Bundesstaate Oklahoma Anlaß, die sich gegenseitig das Recht der Einsetzung eines Vormundes strittig machten. Kurz:

Barnett war ein berühmter Fall geworden.

Alle Rechtsplakereien, alle Fragen, ob der bundesstaatliche Vormund oder das amerikanische Innenministerium für seinen Fall zuständig seien, ließen Barnett kalt. Im Besitze einer stets gefüllten Tabakpfeife, guter Mahlzeiten, warmer Kleidung und eines angenehmen durchwärmten Heims glück ihm sein Leben auf jeden Fall als ein schöner Traum, bis — ja, bis eine Frau in Barnetts Leben kam. Es war eine Weiße. Man weiß nicht genau, wie alles kam, aber jedenfalls kamen beide nach wenigen Stunden bereits aufs Ständesamt eines nahe gelegenen Dorfes, wo sie getraut wurden.

Ein Sturm brach los. Sofort meldeten sich die Behörden, die von dem Eheakte des Indianers — vielleicht dem ersten selbständigen Akte seines Lebens — nicht vorher verständigt worden waren.

In festerer Einnütigkeit suchten Bundes- und Staatsbehörden die Ehe zu annullieren.

Zur Fährung des Nachweises ihrer Ungültigkeit wurden Tausende von Dollars ausgegeben. Die Mühe war umsonst. Die Ehe blieb gültig.

Auch weiterhin setzte Barnett die Öffentlichkeit in kein geringes Erstaunen. Unter dem glorreichen Teapot-Dome-Regime des Innenministers Fall stellte er einen Antrag, demzufolge 550.000 Dollar aus seinem bei der amerikanischen Regierung hinterlegten Vermögen der amerikanischen Baptistenmissionenbewegung für religiöse und charitative Zwecke überwiesen werden sollte. Dafür sollte Barnett zu seinen Lebzeiten von den Baptisten die Zinsen dieser Summe zur persönlichen Nutzung erhalten. In einem zweiten Antrage forderte er die Ueberweisung einer gleichen Summe an seine Ehefrau, der dafür die Verpflichtung obliegen sollte, 200.000 Dollar in sicheren Papieren anzulegen und das Einkommen an Barnett zu zahlen. Die Verfügung über die Restbeträge stand ihr frei. Eine Anzahl anderer Personen und Institutionen wurden mit ähnlichen menschenfreundlichen Legaten bedacht. Merkwürdig genug: die mit dem Daumenabdruck Barnetts unterzeichneten Anträge fanden die Zustimmung Falls. Die Beträge wurden dem Wunsch Barnetts gemäß zur Auszahlung gebracht.

Als die Öffentlichkeit sich von diesen ungewöhnlichen Vorgängen Rechnung gab, brach abermals ein Sturm los, der den Staat Oklahoma zwing, geschliche Schritte zur Rückgängigmachung der Barnettschen Schritte einzuleiten. Ob ihm das gelingen wird, ist eine andere Frage. Die guten Baptisten sämpten wie die Löwen um das Geld des Indianers und dasselbe gilt von der weißen Frau, mit der Barnett nach seiner überraschenden Hochzeit zusammengelebt hat. Agenten sind im ganzen Lande auf der Suche, um die Beträge zu lokalisieren und bis zur endgültigen Entscheidung des Rechtsstaates sicherzustellen.

Das Urteil wird Barnett vermutlich nicht mehr erleben

Sie haben Hunger, aber sie lächeln... denn sie wissen, daß „vermiechte Gesichter“ nicht gerne gesehen sind. Auch nicht vom Herrn Aufnahmeleiter. Wie er zu sprechen beginnt, wird es mühsenstill... Und als er geendet hat, läßt er eine Wüste von Enttäuschung zurück. Da hilft kein Bitten und Betteln — für morgen werden bloß drei Damen, eine alte und zwei junge, die sich überdies ähnlich sehen müssen, und dreizehn Frachtherrn verlangt.

Die alte Frau, die das Glück hatte, ausgesucht zu werden, sagt zu den jungen Mädchen: Na, Jott sei Dank, endlich wieder fünfzehn Mark; seit drei Wochen dat erste Geld, id bin noch die ganze Mietschuldig... Ru kann id endlich nach Hause gehen.

Auch viele andere Komparien brechen auf. Am nächsten Tag werden sie freilich wiederkommen, am gleichen Tisch sitzen, hoffen und warten. Vor allem warten. (Dazwischen läuft das Leben.)

Zeltfame Schaustellung menschlicher Schicksale. Häßliche Mädchen, denen man zusehen möchte: Es ist schade um euch... wozu das alles?! (Aber dann passiert es doch, daß eine unter Tausenden vom Glück herausgehoben wird, zu Reichtum und Macht... Karriere ist das Phantom, dem sie nachjagen, wofür sie alles opfern.) — Alte Schauspieler, die mit lächerlichem Pathos von den Zeiten erzählen, da sie in Ividau den Carlos oder den Maximier spielten... Es ist schon lange her. Inzwischen ist unter den dichten Branen oos Feuer ausgebrannt. Aus den glatten schönen Gesichtern, mit den lebendigen Augen, wurden „Charakterköpfe“, wie man sie oft im Film braucht. (Wenn auch nur als Hintergrund, von dem sich der Augen-ausschlag des Stars um so reizvoller abhebt)... Karriere?... Ruhm?... Leben, heißt es vor allen Dingen, für Frau und Kind zu essen schaffen.

Darum warten sie hier, in dem schlecht erleuchteten Lokal (in dem es stets nach Bier, Zigarettenstummeln und ranzigem Fett riecht), dieser Insel des Leides und der Tränen, um die die Metropole braust, in der Schicksale so billig sind... Hanns Leo Reich.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Angestelltenfragen in der neuen Großbank.

Wie uns von den Bankangestelltenorganisationen mitgeteilt wird, intervenierten ihre Vertreter in der letzten Zeit unter Führung des Hög. Tayerle (Gemeinsame Gewerkschaftszentrale) beim Minister für soziale Fürsorge Dr. Czech sowie beim Finanzminister Dr. Engliš, denen die Forderungen der Angestellten der drei Bankinstitute vorgelegt wurden, durch deren Zusammenfluß die Anglo-Czechoslovakische und Prager Creditbank entstehen soll. Die Forderungen betreffend eine Regelung der Personalfragen in der neuen Großbank, insbesondere der Modalitäten für die Ausschreibung eines freiwilligen Abbaues. Beide Minister sicherten zu, ihren Einfluß dahin auszuüben, daß die Zellungnahme der Angestellten entsprechend berücksichtigt werde. Außerdem intervenierten die Vertreter der Organisationen beim Präsidenten Sonntag, dem sie zwei ausführliche Denkschriften überreichten, in denen die grundsätzlichen Forderungen der Angestellten des neuen Instituts sowie ein konkreter Antrag auf Ausschreibung eines freiwilligen Abbaues enthalten ist. Die Verhandlungen über diese Fragen werden nach Genehmigung der Fusion in der zweiten Hälfte dieses Monats eingeleitet werden.

Die Waldarbeiter der Altwaterforste fordern die Unfallversicherungspflicht.

Dank an Genossen Dr. Czech.

Sonntag, den 6. April tagte in Brandseifen eine Konferenz sämtlicher Holzarbeitergruppen der Altwaterforste. Leider waren die Lokalitäten viel zu klein, um alle Holzmacher erfassen zu können, die aus vielen Holzmacherdörfern zusammengekommen waren. Der Kreissekretär der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, Genosse Hein, eröffnete die Versammlung und erläuterte die abgeschlossenen Neuregelungen der Arbeitsverhältnisse der Holzschläger der Herrschaft Harrach. Ferner besprach er die Auflösung der Unterstützungskasse für die Harrach'schen Holzarbeiter, die durch die Schaffung des Kranken- und Sozialversicherungsgesetzes überflüssig wurde, der Arbeiterschaft nichts bietet und durch die Zahlung der Beiträge die Arbeiterschaft belastet. Die Auflösung der Krankenunterstützungskasse wurde einstimmig beschlossen. Ueber die gegenwärtige politische Lage erstattete Genosse Rohner (Römerstadt) ein eingehendes Referat. Nach einer lebhaften Aussprache wurde folgende Resolution einstimmig beschlossen: 300 Forstarbeiter, die heute, Sonntag, den 6. April, als die Vertreter der Waldarbeiter Nordmährens in ihrer Konferenz tagen, fordern die Gesetzgebung auf, ehe baldigt das Gesetz der Unfallversicherungspflicht für die forstwirtschaftlichen Arbeiter herauszugeben. Sie ersuchen die Partei- und Gewerkschaftsinstanzen, mit allem Nachdruck an der Gesetzgebung dieses für die Waldarbeiter so wichtigen Gesetzes zu arbeiten und vorweisen auf die Tausenden von Krüppeln, die die Waldarbeiter aufzuweisen haben, die durch das Fällen der Bäume oder beim Begrämen des Holzes verunglückt und ohne jede Entschädigung heute als hilflose Menschen der Wohltätigkeit anderer angewiesen sind. Die heute stattfindende Konferenz erucht insbesondere die Deutsche sozialdemokratische Arbeiterpartei, sich ihrer Forderung anzunehmen und verweist darauf, daß die Holzarbeiterschaft einer viel größeren Unfallgefahr ausgesetzt ist als irgendeine andere unfallversicherungspflichtige Gruppe. Die Konferenz fordert auch, daß für die Opfer des Waldes bei der Enteignung der Wälder mitgedacht wird und diese durch das Bodennamtsentschädigt werden. Die Konferenz nimmt den Bericht über die politische Lage zur Kenntnis und dankt dem Genossen Dr. Czech für die in schwerster Zeit im Interesse der Arbeiterschaft geleistete Arbeit. Sie spricht dem Genossen Dr. Czech und der sozialdemokratischen Partei das volle Vertrauen aus und erblickt in der Partei die Wahren ihrer Interessen.

Der Bauarbeiterstreik in Marienbad.

Der den Bauarbeitern aufgezwungene Abwehrstreik dauert ungeschwächt an. Zwar scheinen einzelne Unternehmer bereits einzusehen, daß ihre dunklen Pläne, die Löhne abzubauen und die Arbeitszeit zu verlängern, an der mühseligen Haltung und der Einnütigkeit der Bauarbeiterschaft scheitern dürften. Die Bauarbeiterschaft blickt den Dingen, die da kommen, mit Zuversicht entgegen und baut auf ihre festgesetzte Organisation. Einige Unternehmer haben zwar versucht, Arbeitswillige als Streikbrecher zu werben und nach Marienbad zu locken, und zwar in Gebiete des Böhmerwaldes im Mosenberg, Hoftau, Bischoftein, aber auch diese Arbeiter konnten wieder veranlaßt werden, in ihre Heimat abzureisen.

Auf den Baustellen herrscht vollständige Ruhe. Die streikenden Bauarbeiter ringen selbst den Gegnern durch ihre mühseligen Disziplinvolle Haltung und Anerkennung ab.

Die gesamte Bevölkerung Marienbads hat erkannt, daß das Recht auf der Seite der Arbeiterschaft ist und bringt derselben ihre vollste Sympathie entgegen.

Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen mit einzelnen Unternehmern und öffentlichen Körperschaften sind im Zuge. Der Zuzug von Bauarbeitern nach Marienbad ist weiterhin fernzuhalten.

